

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 43. Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung (P/043/2023)

am Mittwoch, 26. April 2023,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 2, 2. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:36 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r
 Annekatriin Klepsch

Fraktion Alternative für Deutschland
 Heiko Müller
 Christian Pinkert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 Andrea Mühle

Fraktion DIE LINKE.
 Anja Apel (ab 16:05 Uhr)
 Christopher Colditz (ab 16:05 Uhr)

CDU-Fraktion
 Peter Krüger
 Anke Wagner

FDP-Fraktion
 Franz-Josef Fischer

Dissidenten-Fraktion
 Maximilian Aschenbach

Stellvertretende Mitglieder

Wolf Hagen Braun
 Christiane Filius-Jehne
 Claus Lippmann
 Tanja Schewe
 Kristin Sturm

Vertretung für Herrn Harald Gilke
 Vertretung für Frau Kati Bischoffberger
 Vertretung für Frau Susanne Dagen
 Vertretung für Nils Kröber
 Vertretung für Herrn Vincent Drews

Abwesend:

Fraktion Alternative für Deutschland
 Harald Gilke

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 Kati Bischoffberger
 Nils Kröber

Fraktion DIE LINKE.

Leo Lentz

CDU-Fraktion

Steffen Kaden

SPD-Fraktion

Vincent Drews

Fraktion Freie Wähler/Freie Bürger Dresden

Susanne Dagen

Gäste:

Herr Imbrock

VCD - Verkehrsclub Deutschland e. V. - Dresden

Schriftführer/-in:

Frau Richter

SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|------------|---|----------------------------------|
| 1 | Petitionen zur Beschlussfassung | |
| 1.1 | E-Petition „Die Landeshauptstadt Dresden soll der Initiative 'Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten' beitreten" | P0133/23
beschließend |
| 1.2 | E-Petition „Nulltarif statt Fahrpreiserhöhung" | P0130/22
beschließend |

nicht öffentlich

- | | | |
|------------|---|--|
| 2 | Vorlagen und Anträge | |
| 2.1 | Aufhebung des Beschlusses P0091/21 "Dresden soll sicherer Hafen werden!" | A0452/23
beratend
(federführend) |
| 3 | Posteingang - Zuständigkeit Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung | |
| 3.1 | Petition Bürgerbegehren für den Neustädter Markt | P0136/23
1. Lesung
(federführend) |
| 3.2 | E-Petition Keine Unterbringung von Asylbewerbern im ehemaligen Landgasthof Marsdorf, Ortschaft Weixdorf | P0137/23
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 3.3 | Petition Rettet das Jugend-Öko-Haus im Großen Garten Dresden! | P0138/23
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 3.4 | E-Petition „Mehr Blitzer vor Schulen und anderen Kindereinrichtungen!" | P0139/23
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 3.5 | Petition „Containerdorf Dresden-Leuben" | P0140/23
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |

- | | | |
|------------|---|--|
| 3.6 | E-Petition „Erhalt der Hundetagesstätte Dresden-Weißig“ | P0141/23
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 3.7 | E-Petition „Abgrenzung eines Territoriums zur Schaffung einer Hundewiese in der Dresdner Neustadt“ | P0142/23
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 3.8 | E-Petition „Beförderung von Anwohnerinteressen bei der Einrichtung und dem Betrieb der Containersiedlung in Sporbitz“ | P0143/23
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 4 | Posteingang - Zuständigkeit Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung zur Kenntnis | |
| 5 | Sonstiges | |

öffentlich

Frau Bürgermeisterin Klepsch stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Ladung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung fest.

Zur Tagesordnung:

Herr Stadtrat Krüger übermittelt die Bitte von Herrn Stadtrat Kaden, der erkrankt sei, dass der Tagesordnungspunkt 1.2, Petition P0130/22, E-Petition „Nulltarif statt Fahrpreiserhöhung“, auf die nächste Sitzung vertagt werde, weil ihm die Thematik sehr wichtig sei, sodass er sie gern selbst begleiten wolle.

Frau Bürgermeisterin Klepsch nimmt den Antrag auf und bemerkt, dass die Mitglieder der Fraktion Die Linke., welche dazu einen Antrag im Geschäftsgang habe, ebenso noch nicht im Ausschuss vertreten sei. Außerdem sei der besagte Antrag durch die Fraktion im Stadtrat zurückgestellt worden. Insofern gebe es mehrfache Gründe, sich zu einer Vertagung zu verständigen. Sie stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Vertagung des Tagesordnungspunktes 1.2 wird einstimmig mit 12 Ja-Stimmen zugestimmt.

Des Weiteren stellt **Frau Bürgermeisterin Klepsch** Einvernehmen zur so geänderten Tagesordnung fest.

1 Petitionen zur Beschlussfassung

1.1 E-Petition „Die Landeshauptstadt Dresden soll der Initiative 'Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten' beitreten"	P0133/23 beschließend
--	----------------------------------

Frau Bürgermeisterin Klepsch informiert, dass der Petent entsprechend dem Beschluss des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung geladen worden und anwesend sei.

Wie bereits in der letzten Sitzung informiert, haben sich der Stadtratsbeschluss und die Erstellung der Stellungnahme der Verwaltung zeitlich überschritten. Inzwischen sei die Stellungnahmen an den zuständigen Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften zurückgegangen. Sie sei in der vergangenen Woche angemahnt worden und liege nun noch nicht für den heutigen Ausschuss vor.

Unabhängig davon könne der Petent angehört werden. Dem Ausschuss obliege die Entscheidung, die Petition mangels der Verwaltungsstellungnahme den Tagesordnungspunkt nach der Anhörung zu vertagen.

Herr Imbrock, Vertreter vom Verkehrsclub Deutschland Ortsgruppe Dresden, bringt die Petition ein, welche den Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinde durch angepasste Geschwindigkeiten“ zum Anlass habe. Die Initiative sei von mehreren Kommunen über Parteigrenzen hinweg im Juli 2021 gegründet worden und sei stetig gewachsen. Dieser seien über 664 Städte und Gemeinden sowie 2 Landkreise beigetreten (www.lebenswerte-staedte.de), und sie werde auch vom Deutschen Städtetag unterstützt.

Die Initiative wolle eine Förderung und Attraktivierung der Städte. Die öffentlichen Räume seien besonders wichtig für die Stadtgesellschaft. Straßen und Plätze haben viele Funktionen und prägen das Gesicht einer Stadt. Die Lebensqualität wirke sich auf die Attraktivität der Städte aus. Ein wesentliches Ziel das zu erreichen, sei ein stadt- und umweltverträgliches Geschwindigkeitsniveau des Kfz-Verkehrs. Damit sei kein flächendeckendes Tempo 30 gemeint, sondern es solle ortsbezogen sein.

Die Verwaltungsvorschrift für die Straßenverkehrsordnung setze sehr enge Grenzen für die Anordnung von Tempo 30. Ziel sei es, dass die Kommunen selbst entscheiden können, wo welche Geschwindigkeiten angeordnet werden.

Inhalt der Initiative seien außerdem die Verkehrssicherheit, Flächenkonkurrenzen der einzelnen Verkehrsarten, Kapazitätsprobleme, Lärm, Luftqualität und Klimawandel.

Abschließend berichtet Herr Imbrock, dass es Untersuchungen von Instituten gäbe, wonach eine Absenkung auf Tempo 30 auf bestimmten Streckenabschnitten nicht per se zur Absenkung der Reisegeschwindigkeit im motorisierten Individualverkehr führe.

Herr Stadtrat Krüger bemerkt, dass es in der Vorstellung hauptsächlich um die Absenkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit gegangen sei. Unter einer lebenswerten Stadt habe er andere Vorstellungen. Sicher sei die verkehrliche Erschließung und Entwicklung in Kommunen ein Teil der Entwicklung. Dazu gehören jedoch auch die sozialräumliche Betrachtung, Begrünung, Arbeitsplätze etc. Diese Aspekte fehlen ihm in der Petition. Für ihn sei das, mit dem guten Namen gestellter Versuch in den Städten Tempo 30 anzuregen. Er glaube nicht, dass sich das durchsetzen werde.

Herr Imbrock erklärt, dass die Initiative zum Ziel habe, die engen Vorschriften „abzumildern“. Die Kommunen sollen selbst entscheiden können, auf welchen Abschnitten aufgrund der Gegebenheiten Geschwindigkeitsbegrenzungen angeordnet werden. Derzeit seien die Möglichkeiten sehr beschränkt und bürokratisch.

Frau Stadträtin Filius-Jehne verweist Herrn Stadtrat Krüger darauf, dass auch CDU-geführte Städte der Initiative beigetreten seien. Sie fragt, inwieweit die Mitglieder der Dresdner Ortsgruppe mit anderen Städten in Kontakt seien.

Herr Imbrock berichtet, dass kein direkter Kontakt zu anderen Städten bestehe. Es würden regional die Anliegen des VCD e. V. unterstützt, wozu die Verbesserung der Lebensqualität mit seinen gesamten Aspekten gehöre. Die Kommunen stellten das Leben ihrer Bewohner in den Mittelpunkt, unabhängig von politischen Mehrheiten. Ein Aspekt sei auch die Verkehrssicherheit, die sich mit Reduzierung der Geschwindigkeit erhöhe.

Herr Stadtrat Krüger beantragt Folgendes, was **Frau Bürgermeisterin Klepsch** zur Abstimmung stellt:

Die Entscheidung über die Petition wird bis zum Vorliegen der Stellungnahme der Verwaltung vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Vertagung auf Geschäftsordnungsantrag
Ja 11 Nein 0 Enthaltung 3

1.2 E-Petition „Nulltarif statt Fahrpreiserhöhung“

**P0130/22
beschließend**

Die Petition wird wegen Erkrankung des Bearbeiters und Zurückstellung des dazugehörigen Antrages A0406/22, Keine Fahrpreiserhöhung 2023, durch die Fraktion Die Linke. vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Vertagung auf Geschäftsordnungsantrag
Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

Frau Bürgermeisterin Klepsch schließt den öffentlichen Sitzungsteil.

Annektrin Klepsch
Vorsitzender

Manuela Richter
Schriftführerin

Peter Krüger
Stadtrat

Franz-Josef Fischer
Stadtrat